

WOLFGANG MÜLLER

CHINAS INVESTITIONEN IN SÜD- UND SÜDOSTEUROPA SIND KEINE BEDROHUNG FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Chinas Engagement in Europa und die europäischen Beziehungen zu China sind umstritten. In der politischen Öffentlichkeit warnen viele Stimmen vor Chinas wachsendem Einfluss. Die Ratifizierung des Ende 2020 zwischen China und der EU-Kommission ausverhandelten Investitionsabkommens CAI wurde vom Europaparlament auf Eis gelegt. Künftig will die EU-Kommission gegen staatlich unterstützte Auslandsinvestitionen in Europa vorgehen – eine klar gegen China gerichtete Initiative. Die Befürchtung dahinter: China könnte Europa langfristig schwächen.

Gegen diesen zunehmenden Protektionismus positionieren sich große Kapitalgruppen. So fordern Vertreter*innen der schwedischen Wallenberg-Familie, die unter anderem Anteile an den Konzernen AstraZeneca, ABB und Ericsson hält, mehr Engagement und Offenheit gegenüber China. Europa müsse auf eigenen Füßen stehen und dürfe nicht die aggressive Position der USA kopieren.¹

China intendiert jedoch nicht, Europa und die EU zu schwächen. Das Land tritt international für eine multilaterale Weltordnung ein, und dazu gehört ein starkes Europa. Hinter den langfristigen Engagements chinesischer Konzerne in Süd- und Südosteuropa stehen handfeste Geschäftsinteressen: Die Konzerne bekommen besseren Zugang zum europäischen Markt und treiben damit ihre Internationalisierung voran. Von China kofinanzierte Infrastrukturprojekte befördern die wirtschaftliche Integration Europas, belegen aber gleichzeitig die Defizite und Perspektivlosigkeit der EU-Politik.

Chinas Aufstieg zur industriellen und technologischen Weltmacht ist zugleich eine Herausforderung für die dominanten Mächte in der EU und insbesondere für Deutschland, die in China einen «systemischen Rivalen» sehen. Aus diesem Grund wird das überzogene Narrativ, China kaufe sich in Europa ein, verbreitet.

KEIN «MASTERPLAN» HINTER DEN INVESTITIONEN IN SÜD- UND SÜDOSTEUROPA

Nachdem chinesische Investitionen und Unternehmensübernahmen deutlich zugenommen hatten, waren es ab 2010 zunächst Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften, die negative Auswirkungen befürchteten. Regierungen,

Wirtschaftsvertreter*innen und Medien standen chinesischen Investoren eher positiv gegenüber. Seit einigen Jahren hat sich der Diskurs verschoben: Beklagt wird nicht nur der angebliche Abfluss von Know-how und Schlüsseltechnologien² – dass sich Investoren aus China mit Patenten, Bauplänen und so weiter «davonmachen» und dann die Werke und Entwicklungsabteilungen hierzulande schließen würden. China wird auch zunehmend eine «expansionistische» Einflussnahme in Europa unterstellt.³ Das Land verfolge die Strategie, Europa zu spalten. Es wolle über Investitionen in Unternehmen und in strategische Infrastrukturen Einfluss nehmen und verfolge damit geopolitische Ziele. Dabei konzentriere es sich besonders auf die kleineren und wirtschaftlich schwächeren Länder in Europa. Außerdem wolle China sein autokratisches System exportieren.

Neben Griechenland mussten insbesondere Italien und Portugal in der Finanzkrise 2008/09 und in der Eurokrise 2011/12 massive wirtschaftliche Einbrüche und soziale Verwerfungen hinnehmen. In dieser Situation und konfrontiert mit den Zumutungen der Austeritätspolitik der Eurozone waren in diesen Ländern chinesische Investoren besonders willkommen. Als die griechische Regierung unter dem Druck der Troika den Hafen von Piräus privatisieren musste, stand als einziger Investor der chinesische Staatskonzern Cosco bereit. EU-Mitglied Ungarn sowie Serbien wiederum gelten zum Beispiel in deutschen Medien als Einfallstore Chinas nach Europa, zumal den derzeitigen Regierungen in beiden Ländern Sympathien für das chinesische politische System unterstellt werden.

Doch die Untersuchung einzelner Fälle chinesischer Investitionen in Ungarn und Serbien – auf diese Länder entfällt

der Löwenanteil der chinesischen Auslandsinvestitionen in Ost- bzw. Südosteuropa – sowie in Italien und Portugal als den von der EU-Austeritätspolitik besonders geschwächten Volkswirtschaften zeigt, dass dahinter vor allem unternehmerische Entscheidungen stehen.⁴ Das gilt auch für den Einstieg chinesischer Konzerne in Unternehmen des kleinen EU-Mitgliedslands Slowenien. Diese Konzerne wollen international expandieren und neue Märkte erschließen. Längst haben sich Chinas große Staats- und Privatkonzerne zu Global Players entwickelt. Zu ihrer Internationalisierungsstrategie gehört auch die Übernahme europäischer Unternehmen und der Aufbau neuer Produktions- und Entwicklungszentren in Europa. Denn die EU ist der weltgrößte Binnenmarkt und verfügt über moderne Produktionsstätten und qualifizierte Fachkräfte.

Dass China mit diesen Investitionen auch seinen politischen Einfluss in Europa erhöhen kann, ist fraglich. Einzelne der untersuchten Investitionen fügen sich zwar in das Projekt Neue Seidenstraße ein. Sie dienen Chinas Bau-, Bahn- und Stromkonzernen aber vor allem dazu, neue Märkte zu erschließen und erstmals auch in entwickelten Volkswirtschaften Fuß zu fassen.

Italien verfügt mit einem Anteil von mehr als 23 Prozent am Bruttosozialprodukt (BSP) über den zweitgrößten produzierenden Sektor der europäischen Volkswirtschaften und ist damit ein bevorzugtes Ziel für industrielle Investitionen aus China. Schwerpunkte bilden die Auto- und Zulieferindustrie, der Maschinenbau, die Luxusgüterindustrie und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Ende 2019 lag das Gesamtvolumen chinesischer Auslandsinvestitionen in Italien bei knapp 16 Milliarden Euro. In der bislang größten Transaktion übernahm 2015 der Staatskonzern ChemChina die Mehrheit am weltweit fünftgrößten Reifenhersteller Pirelli. 2014 kaufte die Shanghai Electric Group 40 Prozent der Anteile am Kraftwerksbauer Ansaldo Energia. Der staatliche chinesische Stromnetzbetreiber State Grid stieg mit 35 Prozent beim staatlich kontrollierten Stromnetzbetreiber CDP Reti ein. 2018 übernahm der weltgrößte Hausgerätekonzern Haier, der bislang in Europa kaum vertreten war, alle Anteile an der familiengeführten Candy Group, einem Hersteller von Hausgeräten.

2016 kaufte sich die chinesische Zentralbank People's Bank of China (PBOC) zudem mit jeweils zwei Prozent in die zehn größten börsennotierten Unternehmen Italiens ein. Mit diesen Interventionen unterstützte China Italien gegen Spekulationen der Finanzmärkte auf einen Austritt Italiens aus der Eurozone.

Zudem wirkten die Finanzkrise und die spätere Eurokrise als Katalysatoren für Chinas wachsenden Einfluss in *Portugal*. Unter dem Druck der Eurozone und dem Diktat der Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission musste das Land staatliche Vermögenswerte und Unternehmen privatisieren, wobei sich chinesische Unternehmen den Löwenanteil sicherten. Angesichts der relativ schwach entwickelten industriellen Basis konzentrierten sich die Investitionen auf öffentliche Versorgungsunternehmen und den von der Finanz- und Eurokrise besonders getroffenen Finanzsektor. Mitte 2018 summierten sich die chinesischen Investitionen in Portugal auf über zwölf Milliarden Euro. Sie entfielen auf den Energiesektor mit dem Unternehmen Galp (Öl und Gas), dem Stromnetzbetreiber REN und dem Stromerzeuger EDP-Energias de Portugal, die Luftfahrt (TAP Air Portugal), den Finanzsektor,

die Versicherungswirtschaft (Fidelidade), den Gesundheitssektor (Grupo Luz Saúde), Medien und Immobilien.

2012 übernahm der chinesische Staatskonzern China Three Gorges (CTG) mehr als 20 Prozent der Anteile des Stromversorgers EDP, des größten börsennotierten portugiesischen Konzerns, der unter anderem in Brasilien, Spanien und den USA aktiv ist. 2013 übernahm CTG zudem 49 Prozent an der auf erneuerbare Energien fokussierten EDP-Tochter EDP Renováveis Portugal (EDPR). CTG ist damit an der Stromerzeugung verschiedener europäischer Länder, der USA, Afrikas und Lateinamerikas beteiligt und nach der Übernahme von acht brasilianischen Wasserkraftwerken auch zweitgrößter Stromerzeuger in Brasilien. Über EDPR verfügt der Staatskonzern zudem über Windkraftkapazitäten in Polen, Italien, Großbritannien und den USA. EDP und CTG wollen gemeinsam Weltmarktführer bei erneuerbaren Energien werden – EDP in Europa, Nord- und Südamerika, CTG in Asien. Ebenfalls 2012 übernahm der staatliche chinesische Netzbetreiber State Grid 25 Prozent der Anteile des Stromnetzbetreibers REN. Zusammen mit der portugiesischen Regierung plant State Grid die Verknüpfung der portugiesischen und nordafrikanischen Stromnetze. Denn auch der Aufbau eurasischer und interkontinentaler Stromnetze, die Global Energy Interconnection,⁵ gehört zum Projekt Neue Seidenstraße.

Der große industrielle Sektor *Sloweniens* erwirtschaftete 2019 nach Schätzungen der Weltbank 20 Prozent des Bruttosozialprodukts und beschäftigte mehr als 30 Prozent der Arbeitnehmer*innen. Bis zur Übernahme des Hausgeräteherstellers Gorenje durch Hisense 2018 rangierte China unter Sloweniens Handelspartnern und Investoren noch unter «ferner liefern». Mit 6.300 Beschäftigten ist Gorenje einer der größten privaten Arbeitgeber Sloweniens und gehört zu den vier größten europäischen Herstellern von Hausgeräten und Consumer-Elektronik. Seit dem Einstieg von Hisense, einem der weltgrößten TV-Hersteller, werden Gorenje-Produkte auch in China verkauft. Hisense bringt zudem neue Technologien nach Slowenien, etwa bei der Produktion von Autoteilen. Für den *Economist* (17.7.2021) steht Hisense beispielhaft für multinationale Konzerne aus China, die sich trotz einer zunehmend frostigen Rezeption – die slowenische Regierung bezeichnete den Konzern als «Werkzeug der KP Chinas» – erfolgreich internationalisieren. Der Konzern will seinen Auslandsumsatz bis zum Jahr 2025 auf 24 Milliarden US-Dollar und damit gegenüber 2020 verdreifachen.

In *Serbien* wurden bis Ende 2019 insgesamt 44 Milliarden US-Dollar an ausländischen Investitionen getätigt.⁶ 70 Prozent davon stammten aus der EU, gefolgt von Russland, der Schweiz und Hongkong (China). 20 Prozent aller Auslandsinvestitionen im Jahr 2018 entfielen auf chinesische Unternehmen.⁷ China ist also einer der größten Investoren in Serbien. Schrille Propagandatöne vor allem aus den USA vom «chinesischen Vasallenstaat»⁸ Serbien unterschlagen jedoch die wesentlich größere wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes vom Westen und speziell von der EU. Warnungen der EU vor Chinas Einfluss in Serbien und in anderen Staaten, die EU-Mitglieder werden könnten, sind aber deshalb heuchlerisch, weil in die EU-Länder exponenziell mehr chinesisches Kapital fließt als nach Ost- und Südosteuropa.

Als Serbien Investoren für die Staatsunternehmen in der Grundstoffindustrie suchte, stand lediglich China bereit: 2016 übernahm der chinesische Staatskonzern Hesteel (HBIS) das Stahlwerk in Smederevo und bekam damit zoll-

freien Zugang zum europäischen Stahlmarkt. 2018 übernahm der Bergbaukonzern Zijin Mining die Mehrheit am Kupferbergbau und der Kupferschmelze im ostserbischen Bor mit 5.000 Beschäftigten. Zudem investierten chinesische Autozulieferer wie Mei Ta und Johnson Electric, der Reifenhersteller Linglong und Minth Automotive in Serbien.

Ungarns wichtigster Handelspartner ist die EU, allein auf Deutschland entfallen 27 Prozent der Exporte und 25 Prozent der Importe. China steht an dritter Stelle nach Deutschland und Österreich. Ungarn gilt als verlängerte Werkbank vor allem der Elektronikindustrie und der Auto- und Zulieferindustrie. Durch ihre Investitionen in Ungarn bekommen chinesische Konzerne Anschluss an diese internationalen Lieferketten. Gleichzeitig verfügt Ungarn über eine lange Tradition im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie in der chemischen Industrie. Chinesische Investoren errichteten in Ungarn Fertigungsanlagen «auf der grünen Wiese», übernahmen aber auch frühere Staatsunternehmen.

Die Auslandsinvestitionen in Ungarn beliefen sich 2019 insgesamt auf circa 97 Milliarden US-Dollar. Mit einem Investitionsvolumen von knapp fünf Milliarden US-Dollar rangierte China hier an dritter Stelle nach Deutschland und Frankreich. Zu den wichtigsten chinesischen Investoren gehören BYD, führender chinesischer Hersteller von E-Autos, Elektrobussen und Batterien; der Telekom-Ausrüster Huawei mit einem Forschungszentrum und dem größten Lieferzentrum außerhalb Chinas; der staatliche chinesische Bahnhersteller CRRC, der den ungarischen Bushersteller Ikarus übernommen hat und künftig auch Züge für die Hochgeschwindigkeitsstrecke Budapest–Belgrad bauen will; SEG Automotive, ein vom Bosch-Konzern nach China verkaufter Unternehmenszweig; Wanhua-BorsodChem, ein ehemaliger ungarischer Staatskonzern; sowie die privaten Autozulieferer Le Belier, WesCast und Yanfeng YFAI.

China und Ungarn pflegen seit Langem intensive wirtschaftliche und politische Beziehungen, nicht erst seit der Orbán-Regierung und seit Ungarns Beitritt zum Projekt Neue Seidenstraße. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 entstand in Budapest ein riesiger China-Markt und Ungarn wurde zum Anziehungspunkt für chinesische Händler*innen und Migrant*innen. Heute stellen Chines*innen die größte ausländische Community in Ungarn.

«SYSTEMISCHER RIVALE» CHINA: ABGESCHLAGEN HINTER EU UND DEUTSCHLAND

Die aufgeführten industriellen Investitionen in Süd- und Südosteuropa belegen, dass die chinesischen Kapitalgruppen systematisch in Europa expandieren und dass sie besonders die Länder in Ost- und Südosteuropa als Exportplattformen für ihre industriellen Produkte nutzen. Die dargestellten Auslandsinvestitionen in fünf Ländern Süd- und Südosteuropas zeigen jedoch: Behauptungen, dass China dabei ist, diese Länder wirtschaftlich (und langfristig damit auch politisch) zu dominieren, entsprechen nicht der Realität. Im Gegenteil: Die meisten Auslandsinvestitionen in diesen Ländern kommen nach wie vor aus Europa bzw. der EU und insbesondere aus Deutschland.⁹

Zudem sind Chinas Investitionen in der EU insgesamt und in den Ländern Süd- und Südosteuropas nach einem Spitzenwert in den Jahren 2016 und 2017 massiv zurückgegangen.¹⁰ 2020 fielen sie auf ein Zehn-Jahres-Tief. Das liegt aber weniger daran, dass chinesischen Investoren in Europa nicht mehr der «rote Teppich» ausgerollt wird, das politische und

mediale Klima deutlich negativer geworden ist und die meisten Investitionen inzwischen staatlich geprüft werden. Vielmehr hat der absolute Rückgang der chinesischen Investitionen in Europa in erster Linie wirtschafts- und finanzpolitische Gründe: Die chinesische Regierung will die hohe Kreditverschuldung der chinesischen Staats- und Privatunternehmen eindämmen und den Abfluss der Währungsreserven kontrollieren. Sie überprüft zudem den wirtschaftlichen Nutzen einzelner Auslandsinvestitionen – nicht zuletzt deshalb, weil in der Vergangenheit viel chinesisches Kapital in volkswirtschaftlich fragwürdige Anlagen (z. B. europäische Fußballclubs) und in Luxusimmobilien auf der ganzen Welt geflossen ist.

Besonders bei den Eliten ost- und südosteuropäischer Staaten macht sich jetzt aber auch Enttäuschung breit, weil man sich größere chinesische Investitionen und darüber mehr wirtschaftlichen und politischen Spielraum gegenüber der EU und dem dominierenden deutschen Einfluss erwartet hatte.¹¹ Die vor zehn Jahren auf chinesische Initiative entstandene 17+1-Kooperation, ein lockerer Zusammenschluss zwischen China und 17 Ländern Mittel- und Osteuropas, darunter die EU-Mitgliedstaaten Estland, Litauen, Lettland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland, verliert an Anziehungskraft. Litauen hat das Bündnis inzwischen verlassen. Am virtuellen Treffen der 17+1-Kooperation 2021 nahm zwar der chinesische Staatspräsident teil, es waren aber nicht alle anderen Staatsoberhäupter vertreten.

Das in der EU und vor allem unter den politischen Eliten der großen EU-Mitgliedsländer verbreitete Narrativ, China «kaufe sich» die Länder Ost- und Südosteuropas und gewinne damit Einfluss in der EU, hat also wenig Substanz. Aber mit dem Märchen vom «bösen» China, das mit riesigen Investitionen Einfluss gewinnen will, lässt sich Politik machen: Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bezeichnete China 2019 in einem offiziellen Dokument als «systemischen Rivalen». Später übernahm die EU diese Sprachregelung. Heute unterliegen alle Beteiligungen aus Nicht-EU-Ländern an Unternehmen in der EU ab einer Schwelle von zehn Prozent der staatlichen Kontrolle. Diese Vorschrift wird auch als «Lex China» bezeichnet, weil sie sich praktisch ausschließlich gegen China richtet. Deutschland preschte bereits 2019 mit dieser Regelung vor; inzwischen haben die Regierungen einzelner EU-Länder verschiedene chinesische Investitionen in europäische Unternehmen untersagt, oft zum Leidwesen der verkaufswilligen Eigentümer*innen.

DIE CHINESISCHEN ENGAGEMENTS BELEGEN DIE FEHLER UND VERSÄUMNISSE DER EU

Während chinesische Investoren beim Einkauf in deutsche Unternehmen heute in der Regel einen satten Aufschlag zahlen, haben sich manche der chinesischen Akquisitionen in Süd- und Südosteuropa inzwischen als «Schnäppchen» erwiesen. Angesichts der lang anhaltenden Wachstumschwäche in Europa, die vor allem Süd- und Südosteuropa traf, gab es schlicht keine anderen Interessenten und Bieter. Das gilt etwa für die Akquisitionen in der serbischen Stahl- und Kupferindustrie, aber auch für Investitionen in Portugal auf dem Höhepunkt der Eurokrise. Auch mit dem Einstieg beim italienischen Reifenkonzern Pirelli und dem späteren Teilverkauf seiner Aktienanteile hat der Staatskonzern ChemChina ein gutes Geschäft gemacht. Aber nach den Regeln des Marktes entscheiden Angebot und Nachfrage über den

Preis. Das nachträgliche Lamento über die chinesischen Akquisitionen verdeckt daher lediglich das Versagen der europäischen Akteure – der großen Kapitalgruppen, der dominierenden EU-Mitgliedsländer und der EU.

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass die chinesischen Investitionen in Süd- und Südosteuropa regelhaft von übergeordneten geopolitischen Interessen geprägt oder gar Teil eines chinesischen Masterplans sind. In der Öffentlichkeit imaginierte Bedrohungsszenarien, China kaufe unser «Tafelsilber» oder wolle mit seinen Investitionen Europa schwächen, lassen sich nicht belegen.

Geopolitische Absichten könnten am ehesten hinter den Beteiligungen an den Stromnetzbetreibern Italiens und Portugals, am portugiesischen Stromerzeuger und an den chinesischen Hafenprojekten vermutet werden. Denn zum chinesischen Projekt Neue Seidenstraße gehört auch der Bau von Stromtrassen in Asien, Europa und Nordafrika, mit denen Strom aus Regionen mit Stromüberschuss in Regionen mit Strommangel geliefert werden soll. Bei den Beteiligungen handelt es sich aber nicht um kontrollierende Anteile an diesen gesellschaftlich kritischen Infrastrukturen. Zudem sind angesichts der notwendigen Energiewende Investitionen in supranationale und interkontinentale Stromnetze überfällig, wie das Beispiel des inzwischen aufgegebenen deutschen Solarprojekts Desertec in Nordafrika gezeigt hat. Chinesische Investitionen in Europas Netzbetreiber können den Ausbau der Netze beschleunigen und Europas Versäumnisse korrigieren – es sei denn, man unterstellt, dass China Europa irgendwann den Strom abdrehen will.

Weiterhin gehört zum Projekt Neue Seidenstraße der Ausbau der europäischen Häfen für den maritimen Warentransport zwischen Europa, Asien und Fernost. Vorzeigebispiel ist der griechische Hafen Piräus, der an der wichtigsten Schiffsroute von Fernost nach Europa durch den Suezkanal liegt. Piräus belegt nach der Privatisierung und dem Einstieg des chinesischen Staatskonzerns Cosco beim Containerumschlag inzwischen den vierten Platz in Europa nach Rotterdam, Antwerpen und Hamburg. 2010 lag Piräus noch auf Platz zehn – insofern hat sich diese Investition für China wirtschaftlich längst ausgezahlt.

Auch Italiens Häfen können als Brückenköpfe der «maritimen Seidenstraße» fungieren. In einer Studie¹² warnten italienische Wissenschaftler 2017, dass der EU-China-Handel ohne die Beteiligung an der Neuen Seidenstraße größtenteils an Italien vorbeigehen würde. Für den Ausbau des italienischen Hafens Triest hat jetzt jedoch die Betreibergesellschaft des Hamburger Hafens (HHLA) den Zuschlag gegen die chinesische Konkurrenz bekommen.¹³ Auch der portugiesische Tiefwasserhafen Sines am Atlantik sowie die Azoren sollen nach dem Willen der portugiesischen Regierung Teil der «maritimen Seidenstraße» werden. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping erklärte hierzu, China unterstütze die Beteiligung Portugals am Projekt Neue Seidenstraße und fördere die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Meeresforschung und der Hafenlogistik.¹⁴

Italien hat sich 2019 als erstes und einziges großes EU-Mitgliedsland dem Projekt Neue Seidenstraße angeschlossen; die neue überparteiliche Regierung unter dem frühe-

ren EZB-Chef Mario Draghi überprüft derzeit alle mit China geschlossenen Vereinbarungen. Demgegenüber halten sich die anderen großen EU-Mitgliedsländer von der chinesischen Initiative fern – China wolle damit nur seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Europa vertiefen und seinen staatlichen Bau- und Bahnkonzernen neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen. Als Beispiele dafür werden der griechische Hafen Piräus und der Neubau der Schnellbahnstrecke Budapest–Belgrad durch chinesische Konzerne angeführt. Zweifellos ist Chinas Seidenstraßeninitiative auch ein Konjunkturprogramm für Chinas Infrastrukturkonzerne. In dieser Logik wird jedoch unterschlagen, dass Verkehrswege immer in zwei Richtungen führen, dass sie Gesellschaften und Wirtschaftsräume verbinden.

2017 hob Xi Jinping in Peking vor fast 30 Staatsoberhäuptern und Delegierten aus 130 Ländern offiziell die Seidenstraßeninitiative aus der Taufe. Dabei sagte er, China werde circa eine Billion US-Dollar in Infrastrukturprojekte hauptsächlich in Entwicklungsländern investieren. Inflationsbereinigt ist diese Summe etwa siebenmal so hoch wie die Investitionssumme des Marshall-Plans der USA zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch wenn aktuell die Finanzierung einzelner Projekte im Rahmen der Neuen Seidenstraße auf dem Prüfstand steht¹⁵ und sich manche Projekte als «weiße Elefanten» erweisen, werden China und viele andere Länder an dem Programm festhalten. Denn die Neue Seidenstraße hat das Potenzial, die Wirtschaftsgeografie der Welt langfristig zu verändern und jahrtausendealte, aber lange verschüttete interkontinentale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen über die eurasische Landmasse neu zu etablieren.¹⁶ Vorwürfe aus der EU, dass mit den Projekten neue Abhängigkeiten geschaffen würden, kaschieren Europas Untätigkeit bei der Entwicklung des eurasischen Wirtschaftsraums trotz der riesigen wirtschaftlichen und politischen Chancen. Dass der dringend nötige Ausbau der Bahnverbindung von Mitteleuropa über den Balkan nach Griechenland und Vorderasien nur mit Geld und mit Bahn- und Baukonzernen aus China vorankommt, demonstriert beispielhaft das Versagen Europas.

FAZIT

Chinas Investitionen in Industrieunternehmen und Infrastrukturprojekte in Süd- und Südosteuropa sind wirtschaftlich sinnvoll und stärken die betroffenen Regionen. Anders als von manchen Kritiker*innen behauptet, schaffen sie keine neuen Abhängigkeiten von China. Sie etablieren aber ein Gegengewicht zur bisherigen Vormachtstellung der EU-Kernländer und speziell Deutschlands. Die Europäische Union sollte sich endlich zu Chinas Seidenstraßeninitiative positionieren und selbst einen Beitrag zu dem ambitionierten Programm leisten, das auch für Europa riesige Chancen bietet.

Wolfgang Müller ist Sozialwissenschaftler und Informatiker und hat bis 2014 für die IG Metall Bayern gearbeitet. Er hat mehrere Jahre in China gelebt und publiziert regelmäßig zur Entwicklung und zu den Arbeitsbeziehungen in China. Im Frühjahr 2021 erschien sein Buch «Die Rätzel Chinas – Wiederaufstieg einer Weltmacht» im VSA-Verlag.

1 Vgl. Financial Times, 6.7.2021. 2 Die Übernahme des deutschen Roboterherstellers Kuka durch die chinesische Midea-Gruppe 2017 führte hierzulande schließlich zur Verschärfung der staatlichen Kontrollen bei Unternehmensübernahmen durch Investoren aus Nicht-EU-Ländern («Lex China»). 3 Beispielhaft dafür: Bütikofer, Reinhard/in der Beek, Olaf: Neun Thesen von Grünen und FDP zum Umgang mit China, in: Der Tagesspiegel, 13.6.2021. 4 Das ist eines der Resultate einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die chinesische Investitionen in Industrieunternehmen der vier EU-Mitgliedsstaaten Italien, Portugal, Slowenien und Ungarn sowie Serbiens und die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in diesen Unternehmen untersucht hat. Die Studie ist demnächst auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung abrufbar. 5 Vgl. Cornell, Phillip: Energy governance and China's bid for global grid integration, in: Atlantic Council, 30.5.2019; unter: www.atlanticcouncil.org/blogs/energysource/energy-governance-and-china-s-bid-for-global-grid-integration/. 6 Vgl. www.nordeatrade.com/en/explore-new-market/serbia/overview?vider_sticky=oui. 7 Vgl. Financial Times, 17.6.2020. 8 So der Titel einer Studie einer US-Denkfabrik; vgl. www.csis.org/analysis/becoming-chinese-client-state-case-serbia. 9 Vgl. Matura, Tamás: Chinese Investment in Central and Eastern Europe, 2021,

unter: www.china-cee-investment.org. 10 Vgl. Kratz, Agatha/Zenglein, Max J./Sebastian, Gregor: Chinese FDI in Europe. 2020 Update, 16.6.2021, unter: <https://merics.org/en/report/chinese-fdi-europe-2020-update>. 11 Vgl. Matura: Chinese Investment. 12 Fardella, Enrico/Prodi, Giorgio: The Belt and Road Initiative Impact on Europe: An Italian Perspective, in: China & World Economy 5/2017, S. 125–138, unter: www.researchgate.net/publication/319905529_The_Belt_and_Road_Initiative_Impact_on_Europe_An_Italian_Perspective. 13 Inzwischen will sich ein chinesischer Staatskonzern an einem neuen Containerterminal der HHLA in Hamburg beteiligen. 14 Rodrigues, Carlos: Chinese Investment in Portugal: Gaining Access to Cutting-Edge Knowledge and Extending Global Influence, in: Chinese Investment in Europe: A Country-Level Approach, ETNC Report, December 2017, unter: www.clingendael.org/sites/default/files/2017-12/ETNC_Report_2017.PDF&ved=2ahUKEwiakrOegqzAhUGMewKHdELAmkQFnoECCMQAQ&usg=AOvVaw0SnCZ2WW46OI2yXJFETG07. 15 Vgl. Financial Times, 12.12.2020. 16 Der britische Wirtschaftshistoriker Peter Frankopan zeigt in seinem Buch «Das Licht aus dem Osten» (2016) eindrucksvoll die Jahrtausende währende Bedeutung der Handelswege zwischen Europa und dem Fernen Osten.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 9/2021 erscheint online
und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: Oktober 2021
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.